

Refugees Welcome

Auch bei uns am Klinikum gibt es Kolleginnen und Kollegen, die versuchen, den Flüchtlingen zu helfen. Sie sammeln Kleider- oder Spielzeugspenden oder engagieren sich in ihrer Freizeit in den Flüchtlingsunterkünften. Und alle, die dies tun, wissen, wie dringend ihre Hilfe gebraucht wird.

Gleichzeitig aber machen sich viele auch Sorgen: Wie soll es mit den Flüchtlingen weitergehen? Wo sollen die Menschen alle hin? Ein Teil der Politik - allen voran die CSU - tut so, als hätte sie auf diese berechtigten Sorgen eine einfache Antwort: Grenzen schließen, Zäune bauen, die Flüchtlinge an der Grenze abfangen und wieder zurückschicken - wohin auch immer, Hauptsache weg. Sie wollen, dass wir anfangen, es zu billigen, dass die Flüchtlinge es möglichst schwer haben sollen, dass sie hier unter möglichst schlechten Bedingungen empfangen werden sollen - in dem irrigen Glauben, sie dadurch abzuschrecken. Sie wollen, dass wir beginnen, gleichgültiger zu werden, wenn Flüchtlingsheime angezündet werden; nicht mehr nur in der ostdeutschen Provinz, sondern auch hier. In Wahrheit weiß auch die CSU ganz genau, dass sie die Flüchtlinge selbst durch Grenzzäune nicht davon abhalten kann zu kommen. Wie viele solcher verschlossenen

Grenzen haben die Flüchtlinge auf ihrem Weg hierher schließlich bereits überwun-

schon viel zu viele ertrunken, erstickt oder vor Erschöpfung gestorben!



den! Denn Menschen, die - dort wo sie her kommen - Elend, Krieg und Verfolgung erlebt haben, lassen sich nicht abhalten: trotz aller Stacheldrahtzäune, trotz des hohen Risikos, auf den unsicheren Booten umzukommen, trotz des nahenden Winters und des Risikos zu erfrieren. Jedes weitere Hindernis bedeutet nur, die Qualen der Flüchtlinge weiter zu vergrößern, und es bedeutet, dass noch mehr auf ihrer Flucht ihr Leben verlieren. Aber es sind

In Wahrheit stellt sich die Frage also gar nicht, ob die Flüchtlinge kommen dürfen oder nicht. Sie kommen sowieso. Die Frage, die sich uns stellt, lautet: Wie verhalten wir uns denen gegenüber, die kommen - und vielleicht in ein paar Jahren sogar unsere Arbeitskolleginnen und -kollegen sein werden? Wie viele unserer Eltern oder Großeltern sind selber als „Fremde“ hier ins Ruhrgebiet gekommen: die Bergarbei-

ter aus Polen Anfang letzten Jahrhunderts, die Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg aus Schlesien, Ostpreußen und anderen Regionen, die italienischen, türkischen und griechischen „Gastarbeiter“ in den 50er und 60er Jahren und die sogenannten Spätaussiedler aus Osteuropa ab den 70er Jahren.

Sie alle kamen hierher und haben oftmals (zumindest am Anfang) Ablehnung zu spüren bekommen. Fast jede und jeder hier im Ruhrgebiet hat jemanden in der Familie, der zu den oben Angeführten gehört. Sollten wir es nicht denjenigen, die jetzt kommen, etwas leichter machen und sie aufnehmen als unsere zukünftigen Nachbarn, ArbeitskollegInnen und vielleicht sogar Freundinnen und Freunde?

Außerdem sind in keinem der Ursprungsländer die Flüchtlinge für den dort herrschenden Krieg oder das Elend selbst verantwortlich. Auch deshalb können wir nicht fordern, dass sie gefälligst in ihr Land zurückgehen und das alles ausbaden sollen.

Und dabei hilft auch keine Unterscheidung in „gute“ Kriegsflüchtlinge und „schlechte“ Wirtschaftsflüchtlinge. Wenn alle, d.h. die USA, Russland, Iran, Saudi-Arabien und die Türkei in Syrien Krieg führen und Deutschland an fast alle Seiten die Waffen dazu verkauft, dann ist nicht die einfache syrische Bevölkerung für diesen Krieg verantwortlich. Und wenn die großen europäischen Fabrik-schiffe vor der Küste Senegals die Meere leerfischen und damit die kleinen Fischer vor

Ort ruinieren, dann sind dafür nicht die Flüchtlinge aus dem Senegal verantwortlich.

Es ist abzusehen, dass die Regierung und Teile der Politik versuchen werden, die Flüchtlinge zu Sündenböcken für alle sozialen Probleme zu machen. Sie haben schon damit angefangen.

Und sie beginnen auch schon damit, uns an den Gedanken zu gewöhnen, dass wir sparen müssten, weil jetzt so viel Geld für Flüchtlinge ausgegeben würde. Täglich reden sie von Summen und jonglieren mit Zahlen, die für jemanden mit unserem Gehalt enorm erscheinen, es jedoch in Wahrheit nicht sind. Nur zum Vergleich: Wenn VW seine 6,7 Milliarden Euro, die das Unternehmen jetzt für Rückrufaktionen ausgeben muss, tatsächlich von der Steuer absetzen kann, dann kostet allein dieser Schachzug der VW-Aktionäre die öffentlichen Haushalte schon fast so viel wie die Unterbringung der Flüchtlinge! Und was ist mit den 80 Milliarden Euro, die der Staat parat hatte, um eine einzige Bank zu retten?

Die leeren Kassen haben mit den Flüchtlingen nichts zu tun. Die öffentlichen Haushalte sind leer, weil die Reichsten der Reichen und die Banken mittlerweile kaum noch Steuern zahlen und weil der Staat ihnen jedes Jahr über hundert Milliarden nur an Subventionen und Zinsen für die Staatsschulden schenkt. Mal sind es die RentnerInnen, mal die Hartz IV-EmpfängerInnen, dann die GriechInnen und jetzt die Flüchtlinge – irgendeinen Schuldigen, außer sich selbst, machen sie immer aus. Wir sollten uns daran nicht beteiligen. Wenn wir uns spalten lassen in Flüchtlinge und „uns“, in Arbeitslose und welche, die Arbeit haben, in jung und alt, in Männer und Frauen usw., dann profitieren immer nur diejenigen davon, denen daran gelegen ist, dass wir gespalten nicht stark genug sind. Dass wir dann zu schwach sind, uns zusammen gegen die Verschlechterungen und Angriffe, die sie gegen uns planen, wehren zu können.

Halten wir zusammen!

Kontakt zu

www.verdi.de

www.essen.verdi.de
(Bezirk Essen)

www.verdi-uk-essen.de
(Homepage der Vertrauensleute der Uniklinik Essen)

www.facebook.com/verdiukessen
(Facebook-Seite der Vertrauensleute der Uniklinik Essen)

Bezirk Essen:
Teichstraße 4a
45127 Essen
Tel.: 0201 / 24752-0



Impressum

ver.di Bezirk Essen
Fachbereich 3
Gereon Falck
Teichstraße 4a
45127 Essen